

AKTUELL

CSV

Schlag ins Wasser

Christophe Rippinger

Vor versammelter Presse zelebrierte die CSV diese Woche ein „Oppositionsfrühstück“ und bewies einmal mehr, dass konstruktive Kritik nicht unbedingt ihr Ding ist.

Nachdem sich die Umfragewerte von Premierminister Xavier Bettel und seinem Vize Etienne Schneider gegenüber dem letzten Politbarometer vom Juli 2015 verbessert hatten, nutzte die CSV während ihrer Pressekonferenz am Montagmorgen die Gelegenheit, zu einen Rundumschlag gegen die Regierung auszuholen. Es gebe kaum Bewegung in den Dossiers zur Bildung und der „formation professionnelle“ und die Regierung befinde sich in „einem tiefen Winterschlaf“. Zu diesem Zeitpunkt konnte die CSV ja noch nicht wissen, dass Bildungsminister Claude Meisch am Mittwoch die großen Linien seines Reformpakets der Presse vorstellen würde.

Auch der vorzeitigen Abschaffung der 0,5-Prozent-Familienabgabe konnte Fraktionspräsident Claude Wiseler nichts Positives abgewinnen, da diese schon verschwunden sein wird, bevor die Steuerzahler in den Genuss einer Gegenleistung, etwa der kostenfreien Kinderbetreuung, kommen.

Nur das Notstandsgesetz findet die Gnade der CSV.

Was die Schließung von 14 Kommissariaten betrifft, so kritisierte Wiseler die Vorgehensweise der Regierung, die Entscheidungen treffe, ohne sich um einen Konsens mit den betroffenen Parteien bemüht zu haben. Er betonte außerdem sein Unverständnis gegenüber der Entscheidung des Ministers für Innere Sicherheit, der Öffentlichkeit das entsprechende Audit vorzuenthalten. Das Argument von Etienne Schneider, es handele sich hierbei um sicherheitsrelevante Angelegenheiten, wies er entschieden zurück. Der Abgeordnete Michel Wolter habe bereits brieflich von Parlamentspräsident Mars di Bartolomeo die Veröffentlichung des Audits verlangt. Allerdings hat Vize-Premierminister Etienne Schneider für Anfang Februar Gespräche mit den Bürgermeister der Gemeinden angekündigt, die den Reformen negativ gegenüberstehen.

Einzig in der Frage des Notstandsgesetzes, die noch vor der geplanten Verfassungsreform geregelt werden soll, zeigte sich Claude Wiseler zu-

frieden. Hier sei man den Forderungen der CSV betreffs einer parlamentarischen Kontrolle nachgekommen. Kritik äußerte Wiseler jedoch daran, dass der Termin für das Referendum des Premierministers ohne Abstimmung mit der CSV festgelegt wurde. Wenn die Regierung wirklich die Zweidrittelmehrheit des Parlaments für ihr Vorhaben erreichen wolle, müsse sie sich hierbei wohl um Einigkeit bemühen.



Der Parteipräsident der CSV, Marc Spautz, fuhr im gleichen Tenor fort. Die Regierung habe die Arbeitslosigkeit nicht verringert, das Gegenteil sei der Fall. Die Zahl von 12.900 Arbeitslosen - Stand August 2009, als das Arbeitsministerium an die LSAP (Nicolas Schmit) übergang - sei mittlerweile auf über 17.000 angestiegen. Schaut man sich die Zahlen genauer an, kann die neue Regierung jedoch einen - wenn auch nur marginalen - Rückgang der Arbeitslosigkeit für sich verbuchen. Im Zeitraum von Juli 2009 bis zum Amtsantritt der neuen Regierung im Oktober 2013 ist im europäischen Raum die Zahl der Arbeitslosen nahezu überall angestiegen - auch in den Nachbarländern Frankreich und Belgien. Im Oktober 2013 betrug die absolute Zahl der Arbeitslosen in Luxemburg 17.710, was einem Quotienten von 7,0 Prozent entspricht. Die aktuelle Zahl beträgt 17.649 (= 6,7 Prozent). Von einer Verbesserung der Situation zu sprechen, wäre wohl etwas zu optimistisch ausgedrückt, doch zumindest hat sich die Situation vorübergehend stabilisiert.

Ob der „Weckruf“ der CSV eine nennenswerte Wirkung gehabt hat, ist fraglich. Insgesamt wirkte die Kritik an der Regierung wenig konstruktiv; man hatte den Eindruck, dass die beiden CSV-Abgeordneten einfach ihrem Ärger Luft machen wollten.

SHORT NEWS

Réforme du Srel : rétropédalage

(da) - Le projet de loi portant réorganisation du Service de renseignement, déposé en avril 2014, est loin de faire l'unanimité. Parmi ceux qui le critiquent, le Conseil d'État, mais aussi la Ligue des droits de l'homme, sans oublier... le woxx. Trop importants les moyens, trop large le champ des missions que cette réorganisation confère à un service marqué par le scandale de 2013. Voilà maintenant que la commission parlementaire compétente réagit - et propose de réviser certaines dispositions du projet de loi. Ainsi, le concept très large d'« extrémisme » se verrait cerner par l'ajout de la notion « à propension violente », tandis que les « organisations sectaires nuisibles » seraient complètement rayées du projet de loi. En absence d'une « propension violente », elles ne tomberaient pas dans le champ d'action du Srel. Alors que, dans le projet de loi, le service serait tenu d'utiliser les méthodes entraînant « selon toute vraisemblance le moins de désagréments », la commission propose la formulation « la moindre intrusion dans la vie privée », laissant ainsi moins de place à l'appréciation subjective. Au-delà de ces exemples concrets, le souci de la commission semble être de préciser le plus possible les dispositions du projet de loi afin de limiter le champ d'action du Srel et de prévenir au mieux toute forme de surveillance politique.

Biodiversité : qui gagne perd

(lm) - Un député vert pose une question parlementaire à une ministre verte. La biodiversité, décidément, n'intéresse pas grand monde. Carole Dieschbourg répond, brièvement d'abord sur le volet européen, où le bilan de la présidence luxembourgeoise est plutôt bon (woxx 1353). Ensuite sur le volet national - longuement, honnêtement : « Le Luxembourg est loin de répondre à toutes les exigences européennes concernant la protection de la biodiversité. » Le problème ne serait pas du côté de la transposition des directives. Des lois, on en a, mais comment pratiquer la conservation de la nature dans un pays au cœur de la mondialisation ? La ministre indique en tout cas que le déclin de la biodiversité est lié aux « changements dans la composition et la structure des paysages ». Puis précise que les pertes sont notamment dues à « l'urbanisation [et] l'extension d'infrastructures de transport ». En d'autres mots, plus le Luxembourg gagne en termes de prospérité économique, plus il perd en termes d'écologie. Réconcilier les deux exigerait de révolutionner nos modes de vie et de consommation. Carole Dieschbourg, du haut de son « Héichhaus », souhaite que « la biodiversité [soit] davantage intégrée dans toutes les politiques sectorielles ». Ce n'est pas faux. Mais pourquoi ne pas dire simplement qu'il y a contradiction entre notre style de vie et notre survie ?

Wohnungsnotstand: bald Vergangenheit?

(da/cr) - An diesem Dienstag startete déi Lénk eine Kampagne, mit der die Bevölkerung für die aktuelle Wohnungssituation in Luxemburg sensibilisiert werden soll. Die Wohnungspolitik, die seit Jahren betrieben wird, ist der Linkspartei ein Dorn im Auge. Für Gary Diederich, Gemeinderat in Differdingen, ist das Ziel der Kampagne, eine Wohnungspolitik zu propagieren, „die es jedem ermöglichen würde, dezent zu wohnen, ohne dafür mehr als ein Drittel seines Einkommens auszugeben“. Was die genaue Zahl der Leerstände betrifft, so gebe es bislang nur Schätzungen, déi Lénk vermutet sie irgendwo zwischen 10.000 und 20.000. Um eine effizientere Nutzung der Wohnmöglichkeiten zu erreichen, sei jedoch eine genaue Erhebung der Leerstände erforderlich. Des Weiteren schlagen déi Lénk vor, Wohnungen, die über die Dauer von einem Jahr hinaus leer stehen, mit einer Steuer zu belegen. Blieben die Wohnungen danach weiterhin ungenutzt, sollte sich die Steuer mit jedem Jahr verdoppeln. Nach der dritten Verdopplung müsse eine temporäre Enteignung durch die Gemeinde erfolgen. Diese sei dann in der Pflicht, einen Nutzer für die Wohnung zu finden. Ende die Suche erfolgreich, kehre die Wohnung, mitsamt den erzielten Mieteinnahmen, wieder in den Besitz des Eigentümers zurück. Weitere Informationen sind auf einer speziell für die Kampagne geschaffenen Homepage einzusehen.

Mehr dazu: wunnen.dei-lenk.lu